

Steuerungsmöglichkeiten aus Sicht der Regionalplanung

Thesen zur SRL-Tagung „Die Kosten der Zersiedlung – Finanzielle Aspekte einer integrierten Stadt- und Verkehrsplanung“

Die Kosten der Zersiedlung werden in der politischen Diskussion auf regionaler Ebene bestenfalls ansatzweise thematisiert, weil ihre Relevanz vor allem im kommunalen oder im individuellen Bereich gesehen werden. Dort, wo die Träger der Regionalplanung gleichzeitig ÖPNV-Aufgabenträger sind (leider eher die Ausnahme als die Regel!), werden jedoch zunehmend die Kosten für eine disperse ÖPNV-Erschließung diskutiert.

Angesichts der starken Verschuldung zahlreicher Gemeinden werden dort zunehmend die Infrastruktur-Folgekosten der Siedlungsentwicklung diskutiert. Gleichwohl ist die Siedlungsentwicklung weiterhin ein hochsensibles Thema, bei dem es viel um Psychologie und Verteilungskämpfe zwischen den Ortsteilen einer Gemeinde geht. „Keine Siedlungsentwicklung“ wird meist mit „Stillstand“ und „Schwäche“ gleichgesetzt. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die faktische Entdichtung vorhandener Siedlungen ohne Neubautätigkeit meist ein Bevölkerungsrückgang im Bestand zu verzeichnen ist.

Die Einsicht in die Notwendigkeit regionaler Siedlungssteuerung ist in den Stadtregionen unterschiedlich ausgeprägt und abhängig von der Planungstradition, der politischen Kultur und in gewissem Umfang auch vom Problemdruck. Außerdem brechen immer wieder „alte Kriege“ zwischen Regionalplanung und kommunaler Autonomie auf. Verbindliche Festlegungen zur Siedlungssteuerung kann die Regionalplanung insbesondere für die Siedlungsschwerpunkte, die Freiräume und die Standorte für großflächigen Einzelhandel treffen. Wichtig sind auch Ziele zur Eigenentwicklung. Die Einhaltung dieser „Spielregeln“ setzt jedoch stets den entsprechenden regionalpolitischen Willen voraus, der wiederum eng mit der Stärke der jeweiligen regionalen Politikebene zusammen hängt.

Die praktische Anwendung von Instrumenten der Siedlungssteuerung durch die Regionalplanung erfolgt in den Stadtregionen mit erheblichen Unterschieden (z. B. flächendeckende „Positivdarstellung“ in den Gebietsentwicklungsplänen NRW, vor allem „negative“ Abgrenzung durch Freiraumgrenzen z. B. in Niedersachsen).

Regionalplanung hat neben der Anwendung „harter“ Instrumente in hohem Umfang eine Informations- und Aufklärungspflicht. Dies betrifft zum Einen die volkswirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Zersiedlung, zum Anderen die Möglichkeiten, flächensparende und trotzdem attraktive Bau- und Wohnformen als Alternative zu flächenintensiven Bauformen zu realisieren.

Die Regionalplanung in der Region versucht, eine Zersiedelung mit einem Mix unterschiedlicher Instrumente und Handlungsansätze in Grenzen zu halten:

- Politische Diskussion über die regionale Zukunftsgestaltung (Leitbilddiskussion im Vorfeld der förmlichen Regionalplanung)
- Verbindliche Regelungen im Regionalen Raumordnungsprogramm (Vorranggebiete für Siedlungsentwicklung, Vorranggebiete für Freiraumfunktionen, Flächenkataster für Eigenentwicklung, Einzelhandelskonzept)
- Raumordnerische Verträge (insbes. zur zeitlichen Abfolge der Inanspruchnahme von Flächen)
- Überzeugung durch das gute Beispiel („Route der Wohnqualität“)
- Offensive Präsentation eines Produktkatalogs (Qualitätssicherung, Planungssicherheit, Konfliktmoderation etc.)